

aktuell



**Für unsere
Kinder**

**Mehr
Bildung
– mehr
Chancen!**

Vor dem Sommer wurden von der SPÖ-geführten Regierung noch zahlreiche Reformen und Gesetze auf den Weg gebracht, die unser Land noch weiter nach vorne bringen werden. Von der Bildung über Pflege und Gesundheit bis hin zu mehr Verkehrssicherheit hat der Nationalrat ein breites Spektrum an politischen Meilensteinen beschlossen, die Österreich noch sozialer, sicherer und moderner machen werden.

Und während Österreichs Schülerinnen und Schüler entspannt in den Sommer starten, wird das SPÖ-Regierungsteam mit Hochdruck weiterarbeiten, um im Herbst neue Reformen und Ideen für unser Land präsentieren zu können. Denn es gilt, unsere europäische Vorreiterrolle in Sachen Arbeitsmarkt, Umweltschutz, Innovation und vielen weiteren Bereichen nicht nur zu verteidigen, sondern auch weiter auszubauen.

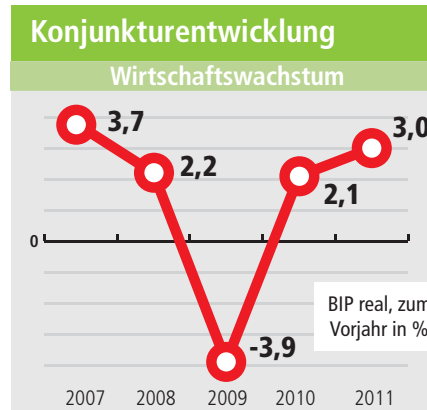
Zuletzt möchte das Team von „SPÖ Aktuell“ allen Leserinnen und Lesern einen schönen und erholsamen Sommer wünschen! Auf ein baldiges „Wiederlesen“ im Herbst!

Eure Redaktion



Peter Rantasa, Kurator, Kulturmanager und Mitglied des Kuratoriums der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, spricht sich in seinem Gastkommentar für einen Schulterschluss von Politik und Kulturschaffenden aus Seite 8

THEMEN DER WOCHE



Wirtschaft wächst stärker

Die Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS haben ihre Wachstumsprognosen für das Jahr 2011 erhöht. Dank einer unerwartet starken Ausweitung der Exporte und der Investitionen wächst die heimische Wirtschaft stärker, als noch im Frühjahr angenommen. Für 2011 werden nun drei Prozent Wachstum erwartet, ursprünglich wurden 2,5 Prozent vorausgesagt.



SPÖ Stg.

Cornelia Schmidjells Einsatz gilt dem Ausbau der Gesundheitsversorgung.

Cornelia Schmidjell neue Salzburger Landesrätin

Cornelia Schmidjell ist am Mittwoch im Landtag als Gesundheits- und Soziallandesrätin angelobt worden. Die 47-jährige Juristin wurde einstimmig gewählt und löst Erika Scharer ab. Als Schwerpunkte ihrer Arbeit nannte Schmidjell neben Sicherung und Ausbau der hohen Qualität der Gesundheits- und sozialen Versorgung die Prävention von Krankheit, sozialer Ausgrenzung und Armut.



Fotolia

Doppelt so viele Frauen wie bisher sollen durch das neue Einladungssystem zur Brustkrebs-Vorsorge kommen.

Neues Programm zur Brustkrebs-Früherkennung

Ab 2013 wird flächendeckend ein neues Programm zur Brustkrebs-Früherkennung eingeführt. Gesundheitsminister Alois Stöger will damit mehr Frauen motivieren, die Brustkrebs-Vorsorge in Anspruch zu nehmen. Das von Stöger in Auftrag gegebene Brustkrebs-Screening sieht vor, dass Frauen zwischen 45 und 69 Jahren in regelmäßigen Abständen per Brief zur Mammografie eingeladen werden. Der Brief gilt dabei gleich als Überweisung. Die Bilder werden von zwei voneinander unabhängigen Radiologen befundet. Bei Bedarf wird auch per Ultraschall untersucht. Die Radiologen müssen auf jährlich mindestens 2.000 Untersuchungen kommen, was die Qualität der Untersuchungen sichert. Laut Studien könnte die Sterblichkeit durch systematische Früherkennungsprogramme um rund 30 Prozent reduziert werden.

Zitat der Woche

„Es ist eine Sternstunde, dass es möglich war, die Kärntner Slowenen, den Kärntner Landeshauptmann und die Vertreter der Bundesregierung für ein gemeinsames Prozedere zu gewinnen.“

Bundespräsident Heinz Fischer zur Lösung der Ortstafel-Frage

Beste Betreuung für die Kleinsten – auch in den Ferien

Vom Bodensee bis zum Neusiedler See sollen Eltern gleiche Bedingungen bei der Kinderbetreuung vorfinden.

Eltern finden je nach Bundesland unterschiedliche Bedingungen bei Kinderbetreuungsstätten vor. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek setzt sich daher für bundesweit einheitliche Standards ein. Besonders alleinerziehende Frauen sind davon betroffen, wenn die Betreuung ausfällt. Während in Wien die Kindergärten durchschnittlich nur an 4,4 Tagen im Jahr geschlossen bleiben, sind es in Vorarlberg

51,5 Tage, der Bundesdurchschnitt liegt bei 30,8 Tagen. Für Heinisch-Hosek ein Zustand, der dringend verbessert werden muss: „Es darf im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie keinen Unterschied machen, ob ein Kind in Wien oder in Vorarlberg aufwächst.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek kämpft für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



HBF



Wie im alten Rom!

Die Diskussion über die Macht der Rating-Agenturen ist in Europa voll entbrannt. Warum wir nicht länger von der Bewertung von US-amerikanischen Privatfirmen abhängig sein dürfen und Europa eine eigene unabhängige Rating-Agentur braucht.



Die Agenturen agieren wie Zocker und pokern mit den Bewertungen von Triple-A bis „Ramsch-Status“

Und wieder wird auf dem internationalen Finanzmarkt spekuliert wie in einem Casino. Es wird weiterhin gezockt – auf die Wirtschaftsentwicklung ganzer Länder. Eine zentrale Rolle spielen dabei die an der Wall Street ansässigen Rating-Agenturen, die mit ihren Bewertungen über die Stabilität und somit über die Zukunft ganzer Staaten entscheiden. Sie haben durch Falschbewertungen ihren Teil zur Entstehung der weltweiten Wirtschaftskrise beigetragen. Es ging sogar soweit, dass die Rating-Agenturen Institutionen hinsichtlich ihrer Finanzprodukte berieten, die sie letztendlich selbst eingestuft haben.

Grundsätzlich wäre es die Aufgabe von Rating-Agenturen, auf den Finanzmärkten zu beurteilen, ob Unternehmen oder Staaten ihre Schulden zukünftig zurückzahlen können. Die Agenturen agieren jedoch wie Zocker und pokern mit den Bewertungen von Triple-A bis „Ramsch-Status“. Wie im Fall Griechenland führt jede Abwertung zu einer Abwärtsspirale der Wirtschaftssituation und somit auch zu einer erhöhten Gefahr für den Euro.

Zurecht ist es daher für Kanzler Faymann äußerst bedenklich, dass Rating-Agenturen oft mehr Einfluss haben als Parlamentarier. Die Rating-Agenturen übernehmen keine Haftung oder eine andere Art der Verantwortung für die Auswirkungen ihres Handelns und heizen die Spekulation eher an, statt für Stabilität zu sorgen. Im aktuellen Fall Griechenland wollen die Rating-Agenturen sogar verhindern, dass Banken das Hilfspaket für Griechenland unterstützen, indem sie Beteiligungen als Kreditausfall werten und somit Griechenland noch tiefer in die Schuldenkrise drängen.

Wir brauchen eine Initiative für eine europäische, unabhängige Rating-Agentur, die das Einfühlungsvermögen für den europäischen Wirtschaftsraum und Kenntnisse über regionale Wirtschaftsstrukturen hat. Hier muss die Politik Selbstbewusstsein zeigen und die Rating-Agenturen in ihre Schranken weisen.

Derzeit läuft die Bewertung von Staaten gleich dem Prinzip im alten Rom: „Daumen rauf – Daumen runter“. Hier

„Wir müssen aus der Erpressungsfalle herauskommen. Dafür brauchen wir dringend eine unabhängige, europäische Rating-Agentur.“

müssen weitreichende Transparenzbestimmungen für die Bewertung der Finanzprodukte überlegt werden. Weiters müssen Haftungsregelungen angedacht werden, um zu verhindern, dass es zu extremen Schwankungen bei den Bewertungen kommt. Neben den finanziellen Regelungen sollten auch ökologische Aspekte berücksichtigt werden.

Nach Griechenland hat die Macht der US-Rating-Agenturen nun auch Portugal getroffen. Der Staat wurde um vier Stufen auf den „Ramsch-Status“ abgewertet, obwohl Portugal einen harten Sparkurs fährt. Durch diese Abwertung wächst das Risiko, dass Portugal tatsächlich ein zweites Hilfsprogramm braucht. Das wäre eine „selbsterfüllende Prophezeiung“, welche die tatsächliche Situation eines Landes verschlechtern könnte.

Man kann keine realen Probleme wegzaubern, aber es sind auch Verständnis und Kenntnisse regionaler Wirtschaftsstrukturen notwendig, um die Marktakteure wirklich mit relevanten, glaubhaften und verlässlichen Informationen zu versorgen. Wir müssen aus der Erpressungsfalle herauskommen. Dafür brauchen wir dringend eine unabhängige, europäische Rating-Agentur – und die setzen wir wie die Finanztransaktionssteuer nur durch, wenn wir Überzeugungsarbeit leisten und dafür mobilisieren. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



BILDUNG

Gutes Zeugnis

Mehr Bildung, mehr Leistung, mehr Chancen: Bildungsministerin Claudia Schmied zieht zum Ferienbeginn eine positive Bilanz über das letzte Schuljahr und die bisher gesetzten Bildungsreformen.



Bildungsministerin Claudia Schmied arbeitet mit ganzer Kraft an der Bildungsreform: Damit auch das nächste Schuljahr für unsere Kinder ein gutes Jahr wird.

„Wir haben bereits drei Viertel des Regierungsprogramms im Bildungsbereich umgesetzt.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

BILDUNG IN ZAHLEN

1.143.533 Schülerinnen und Schüler besuchen eine österreichische Regelschule

220.000 Schülerinnen und Schüler werden bis 2018/19 an 1.173 Standorten der Neuen Mittelschule unterrichtet

210.000 Ganztagsplätze (inkl. Hortplätze) wird es bis 2015 geben

5.786 Schulen gibt es in Österreich

688,6 Millionen Euro investiert die Regierung zwischen 2009 und 2013 in die Schulinfrastruktur

160 Schulen werden ab dem Schuljahr 2012/13 jedes Jahr auf die „Oberstufe NEU“ umgestellt

75 Prozent des Regierungsprogramms im Bildungsbereich wurden bereits umgesetzt

39 Bildungsgesetze wurden seit dem Amtsantritt von Bildungsministerin Schmied als Regierungsvorlage eingebracht

erhöhen so ihre Chancen am Arbeitsmarkt.

Schulreformen wirken

Bildungsministerin Schmied hat in ihrer „Schulschluss-Presskonferenz“ eine umfassende Leistungsbilanz samt beeindruckenden Zahlen präsentiert. „Wir haben in meiner Amtszeit bereits 39 Bildungsgesetze als Regierungsvorlage eingebracht. Und wir haben mittlerweile drei Viertel des Regierungsprogramms im Bildungsbereich umgesetzt.“ Im „Jahr der Bildung“ ist es

außerdem, so Schmied, gelungen, schon sieben Punkte des 9-Punkte-Programms auf den Weg zu bringen, das Anfang des Jahres präsentiert wurde. Dazu gehört der flächendeckende Ausbau der Neuen Mittelschule genauso wie mehr Ganztagschulplätze und die Reform der Oberstufe, bei der



Christiandl

Während für über eine Million Schülerinnen und Schüler die großen Ferien begonnen haben, arbeitet Ministerin Schmied weiter daran, dass unsere Schulen Jahr für Jahr immer besser werden. „Ich werde meine ganze Kraft auch weiterhin auf die Umsetzung der Bildungsreformen konzentrieren“, betonte die Bildungsministerin vor kurzem bei einer Pressekonferenz zum Schulschluss. Dank einer Fülle an Bildungsreformen sind unsere Schulen seit Claudia Schmieds Amtsantritt auf der Überholspur. Es sind Meilensteine wie die kleineren Klassen, die Deutschförderung, der Ausbau der Neuen Mittelschule und der ganztägigen Schulangebote, die gemeinsam mit den großen Investitionen in die Schulinfrastruktur, den Bildungsstandards oder der „Oberstufe NEU“ dafür sorgen, dass es für unsere Kinder mehr Bildung und mehr Chancen gibt. Bei vielen dieser Reformen befindet man sich, jetzt in einer Phase, wo es Ergebnisse gibt, so Ministerin Schmied. Und die sind überaus erfreulich, das zeigt sich etwa am Beispiel des Erfolgsprojekts „Lehre und Matura“. Über 7.700 Jugendliche nutzen aktuell die Möglichkeit, parallel zur Lehre kostenlos die Matura zu machen – und

Leistung, Qualität und Förderung im Vordergrund stehen. Für Schmied steht fest: „Die Schulreformen wirken. Sie kommen im Klassenzimmer an.“ Das ist auch deshalb so wichtig, weil vom Bildungserfolg nicht nur der persönliche Erfolg, sondern auch der Wohlstand Österreichs und die Wirtschaftsentwicklung abhängen.

Große Langfristprojekte

Das kommende Schuljahr wird, so die Bildungsministerin, stark von Umsetzungsmaßnahmen bestimmt sein. Und auch von zwei „Langfristprojekten“, die mehrere Generationen von Lehrerinnen und Lehrern prägen werden: Im Herbst wird sich Ministerin Schmied voll und ganz der „PädagogInnenbildung NEU“ und dem neuen Dienst- und Besoldungsrecht widmen. Beide Projekte werden intensiv vorbereitet und werden gemeinsam mit allen anderen Schulreformen dafür sorgen, dass unsere Kinder die bestmögliche Bildung bekommen. ♦



Fotolia

Strom, der nach Österreich will, muss künftig klar identifizierbar sein. So kann der Import von Atom-Strom in Zukunft verhindert werden.

ATOMAUSSTIEG

Strom bekommt ein Mascherl

Ab 2015 soll kein Atomstrom mehr aus österreichischen Steckdosen fließen. Beim Anti-Atom-Gipfel wurden die Weichen dafür gestellt.

Strom hat kein Mascherl“ und daher konnte man bis jetzt nicht verhindern, dass Österreichs Kühlschränke, heimische Ventilatoren oder auch der eigene E-Herd mit Atomstrom betrieben werden. Künftig soll sich das ändern, Strom soll zuordenbar werden. Das ist das Ergebnis des Anti-Atom-Gipfels, zu dem Bundeskanzler Werner Faymann Umweltorganisationen wie Global 2000 und Greenpeace und auch Vertreter der Energiewirtschaft ins Bundeskanzleramt eingeladen hat. „Wir wollen keinen Strom, von dem wir nicht wissen, woher er kommt“, sagte Bundes-

kanzler Faymann. Daher sollen in Zukunft alle Stromimporte ein Herkunftszertifikat bekommen. Der Entwurf für eine entsprechende Verordnung ist derzeit in Begutachtung.

Weg mit dem „grauen Strom“

Derzeit fließen knapp 18 Prozent an Strom nach Österreich, bei dem die Herkunft nicht eindeutig festzustellen ist – sogenannter „grauer Strom“. Europaweit sind lediglich fünf Prozent des Stroms zertifiziert. Eine Neuregelung ist daher auch eine europäische Aufgabe.

„Wir müssen verhindern, dass es Strom ungeklärter Herkunft gibt. Das werden wir bei jeder Gelegenheit und auf allen Ebenen zum Thema machen“, sagte Faymann. Bis Herbst 2011 sollen jedenfalls alle Maßnahmen geprüft werden, um dieses Ziel zu erreichen. Dann wird ein weiterer Gipfel mit Energiewirtschaft und Umweltschutzorganisationen einberufen.

Nationaler Schulterschluss gegen Atom-Energie

Die Bundesregierung hat sich ambitionierte Ziele gesetzt: Ab 2015 soll Schluss mit Atomstrom-Importen und Österreich völlig energieautark sein. Um das zu errei-

chen, spricht sich Bundeskanzler Werner Faymann für einen „nationalen Schulterschluss“ aus.

Daher werden die Teilnehmer des Gipfels verstärkt in die Umsetzung der Energiestrategie eingebunden und in die zuständige Arbeitsgruppe aufgenommen. Erklärtes Ziel der Energiestrategie ist der Ausbau erneuerbarer Energie und mehr Energieeffizienz. ♦

HINTERGRUND

Starkes Argument gegen Temelin-Ausbau

Der vereinbarte Import-Stopp für Atomstrom ist ein auch ein starkes Argument gegen den geplanten Ausbau von Temelin. Dort sollen zwei zusätzliche Reaktoren ausschließlich für den Stromexport errichtet werden. „Mit Österreichs Atomstrom-Importstopp fällt ein wichtiger Abnehmer komplett weg und somit erschüttern wir die wirtschaftliche Grundlage des Projekts“, sagte SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr.

ZITIERT

NGOs unterstützen Kanzler-Kurs



„Der erzielte Konsens darüber, dass kein undeklarer Strom mehr nach Österreich importiert werden darf, ist ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung.“



„Alle Schritte, die unternommen werden, um die Transparenz für Österreichs Energiekonsumenten weiter zu erhöhen, sind sehr positiv. Die generelle Reduktion von Stromimporten, und damit natürlich auch von Atomstrom (...) unterstützen wir als Ziel natürlich sehr.“

ARBEITSMARKT

Juni bringt Rekord bei Jobs!

Der Sommer beginnt mit erfreulichen Nachrichten vom Arbeitsmarkt: Sinkende Arbeitslosigkeit, steigende Beschäftigung und mehr offene Stellen.



„Die gute Entwicklung auf dem Sektor der Industrie zeigt sich auch anhand des starken Rückgangs der Kurzarbeit“, freut sich Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Während viele Länder Europas in Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise unter Massenarbeitslosigkeit stöhnen – in Litauen sind fast 18 Prozent der Menschen arbeitslos, in Spanien steht sogar jeder fünfte ohne Arbeit auf der Straße – ist die Arbeitslosigkeit in Österreich im Juni den 16. Monat in Folge gesunken. Mit 4,3 Prozent nach Eurostat ist Österreich, gemeinsam mit den Niederlanden, auch weiterhin Europameister im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Das zeigt, dass der österreichische Weg der aktiven Arbeitsmarktpolitik der richtige Weg aus der Krise war. Die sinkende Arbeitslosigkeit ist aber nur eine von zahlreichen guten Nachrichten vom österreichischen Arbeitsmarkt. Neben mehr offenen Stellen und einem Rückgang der Schulungen bringt das Jahr 2011 mit einem Plus von 63.000 aktiv Beschäftigten einen neuen Beschäftigungsrekord für den Monat Juni.

Arbeitslosigkeit sinkt 16. Monat in Folge

„Die Juni-Arbeitsmarktdaten sind ähnlich gut wie Ende Mai, wir verzeichnen den 16. Monat in Folge eine sinkende Arbeitslosigkeit.“

keit. Zählt man Arbeitslose und Schulungsteilnehmer zusammen, so befinden sich im Juni um 15.744 Menschen weniger auf Arbeitssuche als im Vergleichsmonat des Vorjahres“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Mit einem Minus von 26,8 Prozent konnte ein besonders starker Rückgang bei den Langzeitarbeitslosen verzeichnet werden. Weitere Positivmeldung: Die Vollzeitbeschäftigung steigt seit Jahresbeginn stetig an.

Aufwärtstrend bei Industrie

In der Industrie geht es bereits seit über einem Jahr steil aufwärts. Im Vorjahr konnte ein Rückgang der Industriearbeitslosigkeit um 27,9 Prozent verzeichnet werden und heuer ist sie erneut um 15,7 Prozent gesunken.

Mehr offene Lehrstellen

Auch im Bereich der Jugendbeschäftigung setzt sich die erfreuliche Entwicklung fort: Mehr offene Lehrstellen, weniger Lehrstellensuchende, eine Lehrstellenlücke, die sich auf das Niveau von vor der Krise verringert hat und ein Rückgang der Jugend-

„Die österreichische Bundesregierung mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat die Folgen der Krise wirksam bekämpft und eine gute Basis für den Wirtschaftsaufschwung gelegt.“

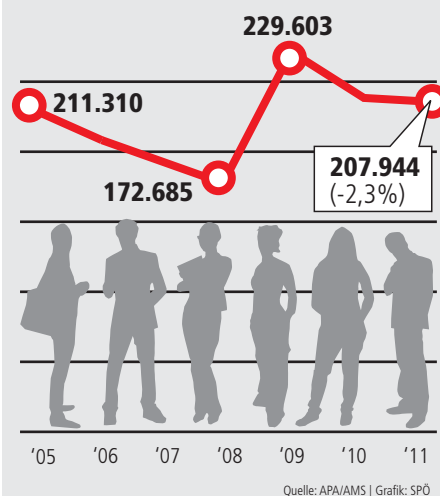
SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

arbeitslosigkeit um fast vier Prozent. Erfolgreiche Maßnahmen wie die Ausbildungsgarantie haben dazu beigetragen, dass Österreich auch im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zur europäischen Spitze gehört. Und auch für SPÖ-Sozialsprecherin Csörgits steht fest:

„Die SPÖ-geführte Bundesregierung hat deutlich gezeigt, dass ihr die Jugendlichen in unserem Land besonders am Herzen liegen und auch in der Krise weiter in ihre Aus- und Weiterbildung investiert. Die Jugend ist unsere Zukunft und es ist die Aufgabe der Politik, ihr Perspektiven und Chancen zu eröffnen.“

Arbeitslosigkeit sinkt

Entwicklung seit 2005 jeweils Ende Juni



Die aktuellen Zahlen zeigen einmal mehr, dass die SPÖ-geführte Regierung die richtigen Maßnahmen setzt. Im Juni 2011 ist die Zahl der Arbeitssuchenden trotz Wirtschaftskrise geringer als während der Hochkonjunktur unter der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2005.

GRIECHENLAND

Europa braucht eine eigene Rating-Agentur

Bundeskanzler Werner Faymann will eine Initiative für eine eigene europäische Rating-Agentur starten. Die amerikanischen Agenturen spielen in der aktuellen Griechenland-Krise eine bedenkliche Rolle und erschweren eine Lösung.



Reuters
lungsausfall und damit Pleite Griechenlands zu werten.

Der Ärger in Europa über die Vorgangsweise der Agenturen, die großteils aus den USA kommen, ist groß.

Kein Beitrag zur Stabilität

Werner Faymann kritisiert, dass diese in der Krise „die Spekulation eher vorangetrieben haben, statt für Stabilität zu sorgen“. Der Kanzler will nun eine Initiative für eine eigene europäische Rating-Agentur starten, die auch entsprechendes „Einfühlungsvermögen“ für europäische Verhältnisse hat.

Auch Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny kritisiert die Agenturen: Diese bewerten europäische Angelegenheiten „sehr viel strikter und aggressiver als bei ähnlichen Fällen in Südamerika“.

Die Europäische Zentralbank hat indes schon angekündigt, dass sie so lange griechische Staatsanleihen als Sicherheit für Geldgeschäfte akzeptiert, bis alle Rating-Agenturen einen Zahlungsausfall feststellen. Für die EZB gilt demnach das beste Rating. Dies würde eine Beteiligung Privater ermöglichen, auch wenn eine der Agenturen ihre Bewertung auf die schlechteste Note absenkt. ♦

Die europäische Politik ist zunehmend erzürnt über die Rolle, die Rating-Agenturen wie „Standard&Poor's“ in der aktuellen Griechenland-Krise spielen.

Die EU sucht nach dem „Ja“ der Euro-Länder zu einem neuen Hilfspaket für Griechenland nun einen Weg, wie Private – sprich Banken und Versicherungen – an der Hilfe beteiligt werden können. Mit der Zustimmung des Athener Parlaments zum 78 Mrd. Euro-Sparpaket hat Griechenland die Bedingungen von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) für neue Finanzhilfe erfüllt. Griechenland erhält bis 15. Juli nun 12 Mrd. Euro, die fünfte Tranche des Milliarden-Hilfspaketes.

Künftig sollen sich aber auch private Banken und Versicherungen an der Hilfe für Griechenland beteiligen.

Französische Banken haben dazu schon selbst einen Vorschlag erarbeitet: Sie würden abgelaufene griechische Staatsanleihen freiwillig in neue umtauschen. Griechenland bekäme dadurch de facto einen Zahlungsaufschub.

Die amerikanische Ratingagentur „Standard&Poor's“ hat diesen Vorschlag mit dem Hinweis abgelehnt, dies wäre als Zah-

ZUM THEMA

Fragen & Antworten zu Griechenland

Wieviel Geld bekommt Griechenland?

Insgesamt soll Griechenland bis 2014 mit 195 Mrd. Euro geholfen werden. Das erste Hilfspaket wurde zum Großteil schon ausgezahlt, im Herbst wird über die Bedingungen der EU für ein neues Paket entschieden. Österreich hilft mit Krediten von insgesamt 2,3 Mrd. Euro.

Können wir dieses Geld abschreiben?

Bisher ist kein Verlust für Österreich eingetreten, Griechenland hat Zinsen gezahlt. Allerdings gibt es natürlich ein Risiko, das sich derzeit nicht exakt beziffern lässt. Die Alternative, ein Staatsbankrott, wäre jedenfalls die weitaus schlechtere.

Warum erlässt man Griechenland nicht gleich einen Teil der Schulden?

Dies würde zu einem Staatsbankrott führen und eine unglaubliche Wertvernichtung bringen, wie auch Nationalbank-Gouverneur Nowotny betont.

Was würde eine Pleite Griechenlands bedeuten?

Zu allererst wären alle bisher geleisteten Hilfgelder weg – ein für allemal. Zum zweiten würde ein Staatsbankrott zum Zusammenbruch des griechischen Bankensystems mit Auswirkungen auf Banken in ganz Europa führen. Befürchtet wird ein „Domino-Effekt“ auf Länder wie Portugal und Spanien, die mit nach unten gezogen

werden. Auch die Finanzmärkte würden auf eine Pleite Griechenlands reagieren – mit allen negativen Folgen auf die Realwirtschaft, auf Wachstum und Arbeitslosigkeit

Warum wird Griechenland nicht aus dem Euro ausgeschlossen?

Das würde an der Krise wenig ändern: Die Schulden wären weiterhin in Euro, könnten aber mit einer schwächeren Währung erst recht nicht bezahlt werden. Die Griechen würden die Banken stürmen, um ihr Geld abzuheben, was wiederum zum Zusammenbruch des Bankwesens führen könnte – mit den gleichen Konsequenzen, wie sie im Falle einer Staatspleite zu erwarten wären.



privat

KOMMENTAR

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik

Fortschrittliche Kulturpolitik hat den Anspruch, gesellschaftlichen Wandel zu gestalten. Ein neuer Schulterchluss von Politik und Kulturschaffenden ist gefragt.

„Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil des menschlichen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses.“

Wenn wir heuer Bruno Kreisky und seiner Verdienste gedenken, sollten wir die große Bedeutung, die er der Kultur und den Kulturschaffenden beigemessen hat, nicht vergessen. So standen am Anfang seiner ersten Regierungserklärung 1970 Erläuterungen zur „Kulturpolitik im weiteren Sinne“. Das war folgerichtig, denn die SPÖ hatte die Wahl dank der Stimmen der Jugend und nach einem Wahlkampf mit Unterstützung populärer Künstlerinnen und Künstler erstmals nach 25 Jahren ÖVP-Regierung gewonnen. Der gesellschaftliche Aufbruch, der in allen Bereichen folgte, verdankt sich dieser Allianz.

Dieses nicht aus nostalgischen Gründen genannte Beispiel zeigt, wie wichtig ein umfassendes Verständnis von Kultur für die Umsetzung emanzipatorischer Politik ist. Heute steht Österreich und ganz Europa vor immensen Herausforderungen. Anstelle des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates ist dessen Abbau getreten. Der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet. Fragen wir vor diesem Hintergrund nach den Zielen aktueller Kulturpolitik, finden wir in den Kulturnachrichten vor allem Verwaltungsthemen aus der Kulturpolitik wie Personalentscheidungen, Dotierungen oder die Auslastung einzelner Einrichtungen. Andererseits bestimmen noch immer die Schlagworte der 70er-Jahre unsere selten gewordenen Diskussionen: Kultur für Alle, Aufwertung zeitgenössischer Kunst gegenüber traditioneller Hochkultur, Kultur ist



wikimedia commons

Kulturpolitik ist ein unverzichtbarer Motor für gesellschaftlichen Wandel.

Bildung. In der Praxis sind diese Themen also noch immer nicht verwirklicht.

Was also ist zu tun? Zunächst einmal wären die Maßnahmen zur Stärkung kultureller Teilnahme auch budgetär aufzuwerten. Weiters wäre die gegenwärtige Initiative in der Bildungspolitik auch in der Kulturpolitik vehement fortzusetzen. Vor allem aber fordern Künstlerinnen und Künstler immer wieder, dass die Entfremdung von kritischer Intelligenz und Politik wieder überwunden werden muss. Die inhaltliche Begegnung, wie sie auf Augenhöhe etwa in der „Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik“ zu brisanten gesellschaftlichen und kulturpolitischen Themen laufend gepflegt wird, ist dafür ein gutes Beispiel. Das sollte intensiviert und ausgeweitet werden. Es geht dabei um nichts weniger als Respekt zu bezeugen sowie neue Impulse für eine „Repolitisierung der Politik“ zu gewinnen, wie der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kul-

turpolitik, Josef Kirchberger, unlängst formuliert hat.

Im Parteiprogramm der SPÖ heißt es: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen uns auch als Kulturbewegung. Kultur ist ... ein wesentlicher Bestandteil des menschlichen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses.“ Dafür gibt es gute Ansätze. Es würde der Sozialdemokratie trotzdem gut zu Gesicht stehen, wenn sie diesen an Kreisky erinnernden Satz noch stärker leben würde. Denn die SPÖ wird auf einen neuen Schulterchluss mit Kulturschaffenden nicht länger verzichten können, wenn sie gesellschaftlichen Wandel weiterhin emanzipatorisch gestalten will. ♦

Peter Rantasa ist Kurator, Kultumanager und Mitglied des Kuratoriums der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik.
Info: www.kulturpolitik.spoe.at

Neues zum „Österreich 2020“-Prozess

Moderne Familienpolitik war das Thema des Österreich 2020-Zukunftsdiskurses mit Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek im niederösterreichischen Wiener Neudorf. Vor 160 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern entwickelte sich eine spannende Di-

skussion. Im Fokus stand das Thema Obsorgerecht nach der Scheidung. Wichtig in der gesamten Debatte ist, das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen, betonte Ministerin Heinisch-Hosek. Dies war der vorerst letzte Österreich 2020-

Zukunftsdiskurs vor dem Sommer. Im Herbst sind bereits zahlreiche weitere Veranstaltungen in allen Bundesländern in Planung. Näheres dazu gibt es dann auf www.oe2020.at und an dieser Stelle in der nächsten Ausgabe von SPÖ Aktuell. ♦

SPITÄLER

Österreicher befürworten Reform

Die aktuelle Gesundheitsbarometer-Umfrage zeigt, dass die Österreicherinnen und Österreicher mit der Gesundheitsversorgung in Österreich sehr zufrieden sind.

Auch in der Wirtschaftskrise hat es in Österreich einen Ausbau der Gesundheitsleistungen gegeben, erinnert Gesundheitsminister Alois Stöger etwa daran, dass seit dem September des Vorjahres jeder Mensch in Österreich krankenversichert ist. Um das zu erreichen, wird z.B. das Wartezeiten-Management für Operationen eingeführt, das sichern soll, dass alle den gleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen haben.

Nächster Schritt: Reform der Spitäler

Wichtig ist auch, dass die Finanzierung des Gesundheitssystems durch das Kassensanierungspaket sichergestellt wurde und die Qualität der Versorgung mit den Gruppenpraxen gestärkt wurde.



Gesundheitsminister Alois Stöger und Politologe Peter Filzmaier präsentieren die Ergebnisse des Gesundheitsbarometers.

Der nächste Schritt ist die bessere Gestaltung des Spitalswesens. Statt derzeit zehn Spitalsgesetzen soll ein bundesweit einheitliches eingeführt werden. Auch 74 Prozent der Bevölkerung befürworten das.

Im Vergleich mit anderen EU-Staaten beurteilen 70 Prozent der Österreicher die Gesundheitsversorgung in Österreich als besser, 15 Prozent als etwa gleich gut. Vier von fünf Befragten sind für Leistungsstrapsen in Spitälern. ♦

ZOLL

Vorsicht bei Urlaubssouvenirs!

Die meisten Urlauber nehmen Souvenirs aus dem Urlaub mit. Viele wissen aber nicht, bei welchen Waren die Einfuhr verboten ist. Staatssekretär Andreas Schieder rät, sich schon im Voraus über Einfuhrbestimmungen zu informieren.

Rund 100.000 Menschen wurden im vergangenen Jahr am Flughafen Wien überprüft, bei etwa 3.200 wurden verbotene Waren aus dem Verkehr gezogen. Manche von ihnen wurden wohl unwissentlich zu Schmugglern. So können Souvenirs von bedrohten Arten zu Problemen beim Zoll führen. Korallen, Orchideen oder Kakteen, die man in vielen Ländern bei Straßen-

ständen kaufen kann, dürfen nicht eingeführt werden. Auch die Einfuhr von frischen Lebensmitteln wie Fleisch und Käse oder von Medikamenten ist streng geregelt. „Damit die Heimreise nicht mit einer negativen Überraschung endet, lohnt es sich, schon vor dem Urlaub zu wissen, worauf man beim Zoll achten muss“, so Schieder. Informationen auf der Homepage des Finanzministeriums unter www.bmf.gv.at/zoll. ♦

Manche beliebte Urlaubssouvenirs können beim Zoll teuer werden, warnt Andreas Schieder.



DONAURAUM-STRATEGIE

Mehr Lebensqualität für über 100 Mio. Menschen

Der Europäische Rat hat vor kurzem die „EU-Donauraum-Strategie“ verabschiedet. Im Mittelpunkt steht die enge länder- und sektionsübergreifende Zusammenarbeit, um den Wirtschaftsraum Donau nachhaltig zu stärken.



Der Gütertransport auf der Donau soll energie- und kosteneffizienter gemacht werden.

Die Region vereint 14 Länder, in der über 100 Millionen Menschen leben, die einen gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum haben“, betonte Infrastrukturministerin Doris Bures bei der Auftaktveranstaltung, die den Startschuss zur Umsetzung der Strategie in Österreich gab. Österreich übernimmt im Rahmen der Strategie die Koordination drei wesentlicher Bereiche. „Fragen rund um Verkehr, Technologie und Innovation spielen dabei natürlich eine zentrale Rolle“, sagte Bures, die gemeinsam mit Rumänien für den Bereich „Mobilität und Multimodalität“ verantwortlich ist. Alle Maßnahmen, die im Rahmen der Donauraum-Strategie umgesetzt werden, sollen letztlich beim Menschen ankommen. „Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Wir müssen gemeinsam in Bildung und Ausbildung investieren“, unterstrich Sozialminister Rudolf Hundstorfer. „Es geht um mehr Wohlstand und Lebensqualität für alle Menschen in dieser Region“, so Staatssekretär Andreas Schieder zum langfristigen Ziel der Strategie. ♦

NATIONALRAT

30 Gesetze, die Österreich weiterbringen

Pflegefonds, Schulreform, Rettungsgassen, mehr Transparenz bei OP-Wartelisten und und und ... In der letzten Sitzung vor dem Sommer wurden im Hohen Haus zahlreiche politische Meilensteine beschlossen.

„Die Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich ist positiv zu beurteilen. Das Parlament arbeitet auf selber Augenhöhe mit der Regierung.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

In den letzten drei Plenartagen hat der österreichische Nationalrat viele wichtige Reformen in Gesetze gegossen. Damit wird u.a. Österreichs Pflegesystem gesichert, die Bildungschancen für unsere Kinder verbessert und für mehr Sicherheit auf Österreichs Straßen gesorgt. „SPÖ Aktuell“ nennt im Folgenden die wichtigsten Beschlüsse:

Pflegefonds: Finanzierung der Pflege gesichert

Mit dem Pflegefonds wird die Finanzierung von Österreichs gutem Pflegesystem gesichert. Der Fonds ist für die Jahre 2011 bis 2014 mit 685 Millionen Euro dotiert, der Bund wird zwei Drittel der Kosten tragen, Länder und Gemeinden ein Drittel. Die Mittel dürfen ausschließlich für die Pflege verwendet werden und das Pflegefondsgesetz regelt die Mittelaufteilung an Ländern und Gemeinden, sowie die Mittelverwendung für die Sicherung und den Ausbau von Pflegeleistungen. Gleichzeitig kommt es zu einer deutlichen Vereinfachung der Verwaltung. „Im Bereich des Pflegegeldes übernimmt der Bund im großen Stil die Verwaltung der Länder. Das ist eine der größten Verwaltungsreformen der letzten Jahre, weil von 280 Landesträgern und 23 Bundeisträgern auf acht Bundessträger reduziert wird“, betont SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits.

Ausbau der Tagesbetreuung: Beste Bildung und Betreuung für unsere Kinder

Bundeskanzler Werner Faymann hat das Jahr 2011 zum Jahr der Bildung erklärt und der Reformmotor läuft auf Hochtouren. Mit dem im Nationalrat beschlossenen



30 Gesetzesbeschlüsse in drei Tagen – so lautet die Bilanz der letzten Nationalratssitzung. 30 Gesetzesbeschlüsse die Österreich noch sicherer, sozialer und moderner machen werden.

Ausbau der Tagesbetreuung wird das von der Regierung bei der Klausur in Loipersdorf vereinbarte Programm, die Ganztagsplätze zu verdoppeln, umgesetzt. Ab Herbst startet außerdem das neue Ausbildungsangebot für Freizeitpädagoginnen und Freizeitpädagogen an den Pädagogischen Hochschulen. „Das bringt zusammen mit den 320 Millionen Euro für den Ausbau der ganztägigen Betreuung einen wichtigen Qualitätsschub an den Schulen“, so SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer.

Transparente OP-Wartelisten: Mehr Fairness im Gesundheitssystem

Mit der Einführung eines transparenten Operations-Wartelistensystems wird für mehr Fairness in Österreichs Spitälern gesorgt und sichergestellt, dass Patienten mit Sondereversicherungen nicht mehr vorgezogen werden können. „Damit wird Tendenzen bei der Vergabe von Operationstermi-

nen, die in Richtung Zwei-Klassen-Medizin gehen, ein Riegel vorgeschoben. Für die Dringlichkeit einer Operation kann nicht die Versicherungsform, sondern ausschließlich der Gesundheitszustand Grundlage sein“, so SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser.

Rettungsstraßen: Österreichs Straßen werden noch sicherer

Mit dem Beschluss des Nationalrats die Rettungsgassen einzuführen, werden unsere Straßen noch sicherer. Künftig müssen Autofahrer bei Unfällen nach links und rechts ausweichen, um Rettungsfahrzeugen eine freie Fahrt zum Unfallort zu ermöglichen. „Erfahrungen aus Deutschland zeigen, dass Einsatzfahrzeuge durch die Rettungsgasse bis zu vier Minuten an wertvoller Zeit gewinnen, die Menschen das Leben retten können“, ist SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl von der Wichtigkeit des Konzepts überzeugt. ♦



ORTSTAFELN

Historische Einigung

Mit dem Beschluss des Parlaments wurde das letzte Kapitel in der Kärntner Ortstafelfrage geschlossen – ein Konflikt, der Österreich ein halbes Jahrhundert beschäftigte.



In der Kärntner Ortstafelfrage konnte ein breiter Konsens erzielt werden.

Mit der vereinbarten Lösung ist ein schwieriger, aber wichtiger und gut ausbalancierter Verhandlungsprozess unter der Führung von Staatssekretär Josef Ostermayer beendet worden, betont Bundeskanzler Werner Faymann. Ostermayer war wesentlich dar-

an beteiligt, dass dieses Kapitel der österreichischen Geschichte nun geschlossen werden kann. Nun „kann die Causa Ortstafeln, die Kärnten und ganz Österreich rund ein halbes Jahrhundert beschäftigt hat, zur Zufriedenheit der meisten erledigt werden“, sagt SPÖ-Verfassungssprecher

Peter Wittmann. Die Lösung, die nun vorliegt, ist unter enger Einbindung der betroffenen Volksgruppen zustande gebracht worden und spiegelt die Haltung der Mehrzahl der Volksgruppen-Organisationen wider.

Die Ortstafellösung wurde im Rahmen des Volksgruppengesetzes umgesetzt, betroffen sind daher zum Beispiel auch burgenländische Gemeinden mit kroatischen Minderheiten. Mit dem beschlossenen Gesetz wurde der Kompromiss nun in Gesetzesform gegossen. Für Südkärnten wurden insgesamt 164 Ortstafeln und Ortskennzeichnungstafeln in 24 Gemeinden beschlossen – und zwar überall dort, wo der Anteil der gemischtsprachigen Bevölkerung mindestens 17,5 Prozent beträgt, bzw. wo es Verfassungsgerichtsurteile gibt. Alle betroffenen Ortschaften werden im Gesetz namentlich genannt und die zuständigen Organe müssen die Ortstafeln ohne unnötigen Aufschub anbringen. ♦

VERWALTUNGSREFORM

Spektakuläre Erfolge

Beamtenreduktion, Kompetenzbereinigung, Schuldenabbau, Offensivstrategie und viele weitere ambitionierte Pläne – Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek macht den Öffentlichen Dienst fit für das 21. Jahrhundert.

Der „Government at a Glance 2011“-Bericht der OECD stellt dem Öffentlichen Dienst in Österreich ein sehr gutes Zeugnis aus. Kein anderes Industrieland hat es so gut wie Österreich geschafft, die Effizienzsteigerung im Öffentlichen Dienst umzusetzen. „Das bedeutet geringere Kosten für den Steuerzahler, verbesserte staatliche Strukturen und höhere Wertschätzung der Leistung der öffentlichen Bediensteten“, betonte Günther Kräuter, SPÖ-Bundesgeschäftsführer und Abgeordneter zum Nationalrat. Der Öffentliche Dienst kann auf spektakuläre Fortschritte verweisen: Von den ambitionierten Projekten der Bundesländer, wie beispielsweise dem Jahrzehnteprojekt in der Steiermark, über die Halbierung der Schuldenstände

der Krankenkassen, die Verwaltungsvereinfachung im Bereich der Pflege und völlig neue Formen im Bereich der Gemeindekooperationen. „Die Reform der Gemeindekooperation wird in den nächsten Jahren Einsparungen in Milliardenhöhe ermöglichen und die prekäre Finanzsituation der Gemeinden erheblich verbessern“, so Kräuter.

Wir sind gut und wollen noch besser werden

Und die Erfolgsgeschichte wird weitergehen, denn Heinisch-Hosek hat einen breiten Reformdialog gestartet, der den Öffentlichen Dienst noch moderner und effizienter machen wird. Denn trotz der gu-

ten Benotung durch die OECD steht für die Beamtenministerin fest: „Im Vergleich mit 22 OECD-Staaten als sehr gut und sehr sparsam bewertet zu werden, ist erfreulich, soll aber nicht bedeuten, dass wir nicht besser werden wollen.“ ♦



Zinner

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Mit ihrem innovativen und zukunftsorientierten Reformprojekt eröffnet Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek eine Riesenchance für den Öffentlichen Dienst.“

KÄRNTEN

Maßnahmen für bessere Beschäftigungssituation



Atypischen Beschäftigungsverhältnissen soll entgegen-gewirkt und Leiharbeit zeitlich und zahlenmäßig limitiert werden, fordert Landespar-teivorsitzender Kaiser.



SPÖ Kärnten

SP-Landespar-teivorsitzender Peter Kaiser: „Kärnten steht im politischen Stau und droht am Pannestreifen stehen zu bleiben.“

Am 27. Juni präsentierten der Kärntner SP-Landespartei-vorsitzende Peter Kaiser und AK-Präsident Günther Goach einen Forderungskatalog, um die vor allem in Kärnten nach wie vor vorherrschenden großen Probleme im Bereich der Be-

schäftigung zu lösen. Die Forderungen: höhere, am Wirtschaftswachstum orientierte Lohnabschlüsse, Chancengerechtigkeit im Bildungssystem durch eine umfassende Bildungsreform, eine starke Förderung junger Berufsanfänger, die völlige Gleichstellung bzw. Ausweitung des arbeitsrechtlichen Schutzes für Selbstständige, gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeiten von Männern und Frauen, Rechtsanspruch auf leistbare und flexible Ganztageskindergartensplätze, sowie strenge Regeln, mit denen die Leiharbeit zeitlich und entsprechend den Beschäftigten in einem Unternehmen limitiert wird.

Kärnten steht im politischen Stau

„Kärnten ist eine einzige politische Baustelle, bei der die Bevölkerung im Stau steht und darauf wartet, dass die Politik

diesen endlich auflöst. Aufgrund des koalitionsären Stillstandes und weil FPÖ und ÖVP mehr mit sich selbst und ihren Skandalen beschäftigt sind, besteht die Gefahr, dass Kärnten und seine Bevölkerung auf dem Pannestreifen stehen bleiben“, macht Kaiser deutlich.

4.500 Arbeitslose mehr als vor der Krise

Günther Goach unterstrich die Notwendigkeit der Umsetzung der Forderungen anhand dramatischer Zahlen: „Trotz der besseren Wirtschaftslage gibt es in Kärnten 4.500 Arbeitslose mehr als vor der Krise im Jahr 2008. Insgesamt sind aktuell 16.637 Kärntner ohne Job. Außerdem müssen besonders viele Menschen, auch sehr gut ausgebildete, ihr Leben mit atypischen Jobs mit einer oft sehr geringen Bezahlung bestreiten. Dazu arbeiten rund 5.000 Kärntner als Leiharbeiter.“ ♦

WIEN

Die sicherste Stadt der Welt



Bürgermeister Michael Häupl verkündete die Fort-führung der Sicherheitspartnerschaft zwischen der Stadt Wien und dem Innenministerium. Erfreut sich auf 1.000 Polizisten mehr bis 2013.

Insgesamt umfasst die Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Innenministerium 15 Punkte. Neben der Aufstockung des Polizeikaders von 5.400 auf 6.400 wurde der Ausbau der Kriminalprävention, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum (z.B. in Verkehrsmitteln), das gemeinsame Herangehen an soziale Problemzonen, Schwerpunktaktionen im Umfeld von Spielstätten sowie die Entlastung der Polizei durch Verwaltungsvereinfachungen beschlossen. „Man muss den Ansprüchen der Bevölkerung Rechnung tragen und das subjektive Sicherheitsgefühl der Wienerinnen und Wiener erhöhen“, so Häupl, der sich besonders über die zusätzlichen Polizisten freut. ♦



SPÖ Wien

„Das Sicherheitspaket soll dafür sorgen, dass Wien die sicherste Stadt der Welt bleibt“, so Häupl.

BURGENLAND

Gemeinsam Radln



Unter dem Motto „Ein Stück des Weges gemeinsam radeln!“ startet Mitte Juli die traditionelle Radtour der SPÖ Burgenland. Mit dabei: LH Hans Niessl und sein Team.

Die Einladung, ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen – so die aktuelle Kampagne der SPÖ Burgenland – steht heuer auch im Mittelpunkt der traditionellen Radtour. Jeder, der möchte, möge seinen Drahtesel satteln und an der Radtour durch das Burgenland teilnehmen. Alle sind eingeladen, mitzuradeln und über die Zukunft der Gemeinden zu plaudern. Der Streckenverlauf für jeden Bezirk ist unter www.unserburgendland.at zu finden. Am 17. Juli startet die Radtour in Jennersdorf, jeden Tag gibt es eine neue mehrstündige Tour, etwa in Eisenstadt oder Oberwart. Die letzte findet am 23. Juli in Neusiedl statt. An jedem Tourtag wird ein großes Abschlussfest veranstaltet. ♦



Landeshauptmann Hans Niessl und sein Team Burgenland radeln vom 17. bis 23. Juli durch das sonnige Bundesland.

NIEDERÖSTERREICH I SPÖ bleibt klare Nummer eins in St. Pölten!



Großer Erfolg für die SPÖ bei der Gemeinderatswahl in St. Pölten: Bürgermeister Matthias Stadler und seinem Team erreichen 56,76 Prozent und 25 Mandate und können damit ihre absolute Mehrheit behaupten.

Bürgermeister Matthias Stadler hat wie schon bei seinem erstmaligen Antreten als SPÖ-Spitzenkandidat vor fünf Jahren die meisten Vorzugsstimmen erhalten. Die SPÖ-Bundesgeschäftsführer Laura Rudas und Günther Kräuter gratulierten der SPÖ-Gemeindefraktion in St. Pölten zum „großartigen Erfolg“ und betonten: „Bürgermeister Matthias Stadler und sein Team haben moderne und kompetente Gemeindepolitik gemacht, einen engagierten Wahlkampf geführt und wurden zu Recht bei dieser Wahl bestätigt. Ein erfreulicher Tag für die SPÖ und ein wichtiges positives Signal an die Landespartei, es herrscht offenbar Aufbruchstimmung im Land.“

Arbeitet erfolgreich für St. Pölten: Vorzugsstimmen-Kaiser Matthias Stadler



Jaeger

NIEDERÖSTERREICH II Sepp Leitner fordert Finanzreformen



Das strukturelle Defizit des Landes soll mit einer landeseigenen Verwaltungsreform beendet werden.

Angesichts einer Gesamtverschuldung des Landes von rund 11,8 Milliarden Euro und einer durchschnittlichen jährlichen Neuverschuldung von rund einer halben Milliarde Euro fordert Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Leitner von der ÖVP Korrekturen ein. „Die SPNÖ setzt dabei nicht nur auf Sparen, sondern auch auf innovative Weiterentwicklungen und auf eine landeseigene Verwaltungsreform“, legt Leitner dar. Die Zinsen belasten das Landesbudget derzeit mit rund 100 Millionen Euro pro Jahr. Notwendig ist eine Ende der Neuverschuldung sowie eine Reduktion der Bankschulden.

Der SPNÖ-Landesvorsitzende spricht sich in diesem Zusammenhang auch für ein Spekulationsverbot für die öffentliche Hand aus.

Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Leitner fordert nachhaltige Sanierung des Landes-Budgets.



SPÖ NÖ

VORARLBERG SPÖ fordert einheitliches Jugendschutzgesetz



In Österreich gibt es neun verschiedene Jugendschutzgesetze – für die Jugendsprecherin der SPÖ Vorarlberg eine untragbare Situation.

Dass sich die Länder bislang noch immer nicht auf eine bundesweit einheitliche Regelung betreffend Ausgehzeiten einigen konnten, ist für SPÖ-Jugendsprecherin im Vorarlberger Landtag, Mirjam Jäger-Fischer, absolut nicht nachvollziehbar: „Würden die Vertreter der einzelnen Bundesländer etwas mehr Kompromissbereitschaft zeigen, könnten die jahrzehntelangen Verhandlungen zugunsten der Jugendlichen endlich abgeschlossen werden.“ Warum Gleichaltrige in Vorarlberg unter anderen Voraussetzungen ausgehen wie in Tirol oder dem Burgenland, ist nicht nachvollziehbar. Vereinheitlichte Bestimmungen sind überfällig.



Fotolia

Zwischen 16 und 18 Jahren ist in Vorarlberg um 2 Uhr Früh Schluss, in allen anderen Bundesländern nicht.

SPÖ FRAUEN Schmuck für den guten Zweck



Die SPÖ-Bundesfrauen bieten in Kooperation mit der Frauenorganisation AMAMY AGADEZ ein handgemachtes Frauenzeichen an.

Die Zeichen sind Unikate, produziert in einer Silberschmiede in Agadez, Niger. Mit Projekten wie diesen soll die lokale Wirtschaft der Region gestärkt werden. SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz besuchte die Organisation: „Bei meinem Besuch bei der nigrischen Frauenorganisation und im Kompetenzzentrum Anfang dieses Jahres war ich von der Kraft, dem Selbstbewusstsein und der Unabhängigkeit der Tuareg-Frauen beeindruckt. Es ist wichtig, dass sie Unterstützung bekommen, mit der sie langfristig für ihre Familien sorgen können.“ Die Schmuckstücke können unter frauen.spoe.at um 10 Euro bestellt werden.

SPÖ Frauen



SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit Eva Gretzmacher und Ursula Kermer vom Kompetenzzentrum AMANAY AGADEZ.

Sommerzeit ist Lesezeit

Fotolia



Bücher gehören zum Sommer wie Sonne, Strand und Meer. Auch die SPÖ-Regierungsmitglieder werden das eine oder andere gute Buch mit in ihren Sommerurlaub nehmen. „SPÖ Aktuell“ hat nachgefragt und unser Regierungsteam gebeten, einen ihrer „Reisebegleiter“ kurz vorzustellen.

SPÖ



Um höchst aktuelle Fragen geht es in der Urlaubslektüre von Bundeskanzler Werner Faymann: Der ehemalige Leiter der UN-Atombehörde, Nobelpreisträger und ägyptische Oppositionelle Mohamed ElBaradei schreibt über seinen Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen.

„Die Atomdiplomatie ist ein zähes und kompliziertes Geschäft“, schreibt Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei. Er spricht aus reichlicher Erfahrung: Über zwölf Jahre stand der Ägypter als Chef der Internationalen Atomenergieorganisation im Zentrum der Weltpolitik. In seinem autobiografischen Buch schildert ElBaradei jetzt erstmals öffentlich seine politische Rolle und seine persönlichen Erlebnisse in diesem höchst sensiblen Spannungsfeld. Bundeskanzler Werner Faymann: „Mohamed ElBaradei hat sich jahrelang für eine weltpolitisch äußerst wichtige Sache eingesetzt, seine Autobiografie interessiert mich sehr.“ ♦



Mohamed ElBaradei:
Wächter der Apokalypse.
Im Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen.
Campus Verlag,
Frankfurt/New York 2011;
366 S., 25,60 €

Rigaud



Infrastrukturministerin Doris Bures reist in diesem Sommer an die Adria. Mit im Gepäck hat sie den neuen Roman des Erfolgsautors Carlos Ruiz Zafón.

„Besonders im Urlaub lese ich gerne Geschichten von anderen Orten. Meine diesjährige Urlaubsleseliste führt der Roman ‚Marina‘ von Carlos Ruiz Zafón an. Es ist bereits einige Zeit her, dass ich ‚Im Schatten des Windes‘ von Zafón gelesen habe, aber dieser Roman ist mir Dank seiner einfühlsamen Beschreibung der Charaktere und seiner fesselnden Handlung in bleibender Erinnerung geblieben. Der neue Roman von Zafón spielt ebenfalls in Barcelona, einer sehr faszinierenden und spannenden Stadt. Ich kann es kaum erwarten, durch die lebendige Sprache und den Phantasie-reichtum Zafóns wieder in die magische Welt Barcelonas einzutauchen.“ Der 15-Jährige Internatsschüler Oskar streift am liebsten durch die verwunschenen Villenviertel von Barcelona. Dort trifft er eines Tages auf Marina, ein faszinierendes Mädchen, mit dem Oskar in das düstere Geheimnis des ehemals reichsten Mannes der Stadt gesogen wird. ♦



Carlos Ruiz Zafón:
Marina
S. Fischer Verlag,
Frankfurt/Main 2011;
350 S., 20,60 €

Zinner



Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat sich für einen Thriller entschieden, der Spannung, Historie und Verschwörung mit der zauberhaften Landschaft des Périgord und der legendären französischen Küche verbindet – die ideale Lektüre für einen Sommerurlaub an der kroatischen Riviera.

Das Périgord ist die Heimat der schwarzen Trüffeln. Als bekannt wird, dass diese „schwarzen Diamanten“ auf dem Trüffelmart mit billigen Importen aus Asien verschnitten werden, muss Bruno als Chef de police ermitteln. Der Fall nimmt eine dramatische Wendung, als Brunos alter Jagdfreund, der Trüffelperte Hercule ermordet aufgefunden wird. „Nachdem ich in meinem 2010-Urlaub in Kroatien bereits die ersten Teile der Krimireihe rund um den französischen Polizeichef fast in einem Zug durchgelesen habe, ist der dritte Teil ein Fixstarter in meinem Reisegepäck. Martin Walker verbindet die Bewohner des beschaulichen Ortes Périgord und ihre Vorliebe fürs gute Essen mit aufregenden Kriminalfällen.“ ♦



Martin Walker:
Schwarze Diamanten.
Der dritte Fall für Bruno.
Diogenes Verlag,
Zürich 2011;
352 S., 23,60 €

Preiss



Bildungsministerin Claudia Schmied ist eine leidenschaftliche Vielleserin: Ganz oben auf ihrer Sommerlektüreliste steht das neue Buch des Grazer Autors Gerhard Roth.

32 Jahre lang hat Gerhard Roth an seinen beiden Romanzyklen „Die Archive des Schweigens“ und „Orkus“ gearbeitet. Mit dem gleichnamigen Buch schließt Roth nun ein literarisches Großprojekt ab, das über die Jahre auf fast 6.000 Seiten angewachsen ist. „Orkus“ ist die Essenz eines Schriftstellerlebens: ein Buch über das Wesen des Menschen, die Wahrnehmung der Welt, die Suche nach einer anderen Wirklichkeit. Claudia Schmied freut sich schon auf „Orkus“: „Gerhard Roths Bücher bereichern mein Leben als Leserin schon lange. Ich bin davon überzeugt, dass Gerhard Roth seinen Ruf als brillanter Chronist der österreichischen Gegenwart auch mit diesem Buch einmal mehr unterstreichen wird.“ ♦



Gerhard Roth:
Orkus.
S. Fischer Verlag,
Frankfurt/Main 2011;
668 S., 25,70 €



Gesundheitsminister Alois Stöger wird seinen Sommerurlaub im sonnigen Kroatien verbringen. Mit dabei: Die Biografie über den großen schwedischen Sozialdemokraten Olof Palme.

Olof Palme war wohl der bekannteste schwedische Sozialdemokrat und prägte sein Land wie kein Zweiter. Er gilt als Architekt des modernen Schweden, der sowohl polarisierte als auch Bewunderung hervorrief. Als Figur der Nachkriegssozialdemokratie ist er mit Größen wie Bruno Kreisky und Willy Brandt vergleichbar, zu denen er auch Beziehungen pflegte. Der Autor zeigt Palme als Mensch und Politiker, ohne die Zeit, in der er wirkte, zu vernachlässigen. „Freunde und Kollegen haben mir diese Biografie von Olof Palme empfohlen“, freut sich der Minister auf seine Urlaubslektüre.



Henrik Berggren:
Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage. Die Biographie.
btb Verlag, München 2011;
720 S., 27,80 €



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek liebt Geschichten von Siri Hustvedt. Ihre Urlaubslektüre, eine Sammlung von Erzählungen, die Frauen geschrieben haben, bedient diese Vorliebe.

„Siri Hustvedt hat mein absolutes Lieblingsbuch geschrieben: ‚Was ich liebte‘“, sagt Heinisch-Hosek. In dem Sammelband „Frauen!“ findet sich die Erzählung „Houdini“ von Hustvedt – neben den Geschichten von zehn weiteren Autorinnen wie Irmgard Maenner oder Susan Sontag. Besonders die letztgenannte Autorin schätzt die Ministerin sehr, da sie die Politik in ihren Werken stets mahnte. Doch auch auf die weiteren Erzählungen ist sie gespannt. „So eine Geschichtensammlung ist immer perfekt für den Urlaub“, gibt sich Heinisch-Hosek erfreut.



Perspektivwechsel No2:
Frauen! Starke Erzählungen über das starke Geschlecht.
Septime Verlag, Wien 2011;
317 S., 16,95 €



Bundesminister Norbert Darabos ist studierter Historiker und Rapid-Fan. Da ist die Aufarbeitung der Rolle des Fußballklubs in der NS-Zeit für ihn von besonderem Interesse.

22. Juni 1941: SK Rapid gewinnt im Berliner Olympiastadion mit einem 4:3-Sieg gegen Schalke 04 die Großdeutsche Fußballmeisterschaft. Am Morgen desselben Tages hatte das nationalsozialistische Deutschland die Sowjetunion überfallen. Die Studie von Rosenberg und Spitaler untersucht die Auswirkungen, die der „Anschluss“ auf den SK Rapid hatte und ob Spieler oder Funktionäre der NS-Verfolgung zum Opfer fielen oder flüchten mussten. „Rapid hat mit ‚Grün-weiß unterm Hakenkreuz‘ als erster Klub seine Rolle in der NS-Zeit aufgearbeitet und ist damit Vorbild für die restliche Liga“, erwartet sich Norbert Darabos eine aufschlussreiche Lektüre.

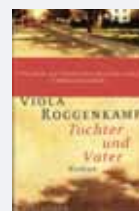


Rosenberg, Spitaler:
Grün-weiß unterm Hakenkreuz.
Hrsg. von SK Rapid und DÖW, Wien 2011;
303 S., 18,99 €



Staatssekretär Josef Ostermayer stammt aus einem geschichtsträchtigen Ort: Schattendorf im Burgenland. In seiner Ferienlektüre geht es um Geschichtsaufarbeitung in einer Familie.

„Ein familiäres Ereignis hat meinen Zugang zu Geschichte wesentlich geprägt“, sagt Staatssekretär Josef Ostermayer. 1927 wurde im burgenländischen Grenzort Schattendorf auf Sozialdemokraten geschossen. Auch ein Kind wurde dabei getötet, die Täter freigesprochen. Das damals achtjährige Opfer war der Bruder von Josef Ostermayers Großmutter. „Seit ich davon erfahren habe, hat mich Zeitgeschichte nicht mehr losgelassen“, so der Staatssekretär. Auch der Roman „Tochter und Vater“ der Hamburger Schriftstellerin Viola Roggenkamp erzählt eine Familiengeschichte vor dem Hintergrund der Gräueltaten des Nationalsozialismus und der Zeit danach. Der Deutsche Paul gilt seiner Tochter als Held, er hat seine jüdische Geliebte, Almas Mutter, vor der Deportation gerettet. Er fälschte Papiere und trickste so die Gestapo aus – so wird es jedenfalls erzählt.



Viola Roggenkamp:
Tochter und Vater.
Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2011;
269 S., 19,50 €



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder ist begeisterter Krimi-Leser. Sein Sommerlesetipp dreht sich um Machtspiele im heutigen Italien – und einen Mord.

„Ich hatte immer eine Vorliebe für Krimis“, sagt Schieder, „auch diesen Sommer stehen mehrere auf meiner Leseliste“. So auch die Neuerscheinung von Andrea Camilleri. Eine junge Studentin wird tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Schnell ist klar: Es war Mord. Der Sohn eines führenden Politikers wird angeklagt. Doch der Fall wird noch brisanter: Die Tote war die Tochter eines mächtigen politischen Gegenspielers. Als die Nachricht in den Fernsehnachrichten ausgestrahlt werden soll, hält der Programmdirektor sie zurück, aus Angst durch ein falsches Wort in politische Querelen hineingezogen zu werden. Der Roman spannt ein Netz aus Macht, Politik und Medien und wird als eine Abrechnung mit der Berlusconi-Ära verstanden.



Andrea Camilleri:
Das Netz der großen Fische.
Bastei Lübbe, Köln 2011;
224 S., 20,60 €



Rede & Antwort

Bundeskanzler Werner Faymann war vor kurzem in der Demokratiewerkstatt zu Gast, wo er die vielen Fragen von Schülerinnen und Schülern aus Wörgl in Tirol ausführlich beantwortete.

Sicher & Modern

Mehr Sicherheit und weniger Stau – das gibt es durch die zweite Röhre des Tauertunnels, die vor kurzem mit einem Festakt eröffnet wurde. Im Bild Verkehrsministerin Doris Bures und Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller mit Einsatzkräften der Rettung, Feuerwehr und Polizei.



Funktional & Innovativ

Kulturministerin Claudia Schmied hat u.a. gemeinsam mit KHM-Generaldirektorin Sabine Haag (2. v.l.) das neue Depot des Kunsthistorischen Museums (KHM) eröffnet. Das innovative und funktionale Depot sorgt mit modernster Technik für optimale Unterbringung der Kunstobjekte.

Österreich & Montenegro

Eine hochrangige Delegation montenegrinischer Genossinnen und Genossen von der DPS (Demokratska Partija Socijalista) war in der Löwelstraße zu Besuch. Im Bild u.a. DPS-Generalsekretär Branimir Gvozdenović li. neben SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Mag^a Tina Tauß, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro